

WATZMANN

Bote

Nr. 3 | Frühjahr 2024

EU – Blaupause der Neuen Weltordnung?

Die Initiative des Weltwirtschaftsforums (WEF), die Weltwirtschaft und die Gesellschaft im Anschluss an die Covid-19-Pandemie neu zu gestalten und damit eine Neue Weltordnung zu begründen, wird in dem Buch „The Great Reset“ von Klaus Schwab, dem Gründer des WEF, beschrieben. Dabei soll ein stärkerer Fokus auf Gerechtigkeit, Gesellschaft und Nachhaltigkeit gelegt werden, und als Resultat soll dadurch die NEUE WELTORDNUNG (NWO) entstehen, bei der zwar keiner mehr etwas besitzen soll, aber „glücklich sein“ wird. Mit dieser euphorischen Prognose beschreibt dieses globalistisch - sozialistische Konzept, was die Mächtigen schon immer im Schilde führten: Möglichst unbegrenzte Macht über eine Herde gleich geschalteter, gut steuerbarer Sklaven. Die Zustimmung für ein solches Projekt soll durch so hehre Ziele wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit erreicht werden.

Auch König Charles stellte so ein Great Reset Project beim WEF vor: Er warnte, der menschengemachte ‚Klimawandel, dessen verheerenden Folgen für viele Menschen schon real seien, könne noch mehr Schaden anrichten als die Pandemie. Deshalb müsse die Welt-

wirtschaft auf einen Kurs der Nachhaltigkeit gebracht werden, die bestehenden Systeme müssten weltweit zu Netto-Null-Emissionen von Kohlendioxid gebracht werden, und die Märkte müssten somit transformiert werden. Durch eine solche schöpferische Zerstörung über staatliche Intervention würde auch Wirtschaftswachstum zu sozialem Wohlergehen führen. Die Grünen sind ja schon fest dabei diese „schöpferische Zerstörung“ umzusetzen.

Die jüngst veröffentlichten Pfizer-Files und die zur Veröffentlichung freigelegten RKI-Protokolle beweisen nun, dass diese Bedrohung durch Covid-19 vor allem als Inszenierung der Mächtigen zur Steuerung der unterworfenen Massen verstanden werden muss. Analog wurden auch schon von seriösen Forschern genügend Fakten veröffentlicht, die den Klimawandel als natürlichen Prozess und nur marginal vom Menschen beeinflusst darstellen. Somit dienen all diese medialen Narrative nur den Interessen der mächtigen Eliten. Von vielen bekannten Kritikern wie Naomi Klein oder dem Ethiker Steven Umbrello wird das ähnlich gesehen.

Das Hauptinteresse des militärisch - industriellen Komplexes, immer mehr Geld und Macht, wird dabei ergänzt durch das Prinzip der Eugenik, wie es schon der österreichische Schriftsteller und Gründer der Paneuropa-Union, Richard Coudenhove Kalergi (1894 -1972) favorisierte, worunter vor allem eine Reduktion der Menschheit zu verstehen ist. Die Quintessenz seines Plans war in den sog. Georgia Guide Stones eingemeißelt: Halte die Menschheit unter 500.000.000 in fortwährendem Gleichgewicht mit der Natur / Lenke die Fortpflanzung weise, um Tauglichkeit und Vielfalt zu verbessern / Vereine die Menschheit mit einer neuen, lebenden Sprache, usw.

Es wird lt. dem sog. Kalergi-Plan behauptet, dass die Europäische Bevölkerung mit anderen „Rassen“ durch Einwanderung vermischt werden soll, wie wir es ja derzeit durch die Massenmigration erleben. Dass dies durch Finanzeliten (siehe Soros und Gates) gefördert und von den politischen Machthabern klaglos übernommen wird (Migrationspakt), ist ein bedauerlicher und kaum mehr reparabler Zustand.

Nein zur EU-Erweiterung

Imperiale Überheblichkeit der EU stoppen!

4

7 PUNKTE ZUR REMIGRATION

Wie die AfD den Begriff definiert

6

Versinkt die Demokratie

im Sumpf des tiefen Staates?

10

Der Angriff auf die Gesundheit der Menschen durch das Coronaszenario wird noch ergänzt durch das Chemtrail-Programm der Nato, das seit Jahrzehnten durchgeführt wird und die Bevölkerung mit Nanopartikeln aus Aluminium, Barium, Strontium u.a. belastet. Im Widerspruch dazu wird uns noch weiß gemacht, dass die hohe Konzentration von Feinstaub auf den Straßen Fahrverbote erforderlich macht.

Die Mitgliedschaft maßgebender Politiker bei den Young global leaders des WEF wie Baerbock, Habeck, Merkel und von der Leyen zeugt ja vom Einfluss dieser Organisation auf die Gestaltung unseres täglichen Lebens. Wenn selbst so prominente Persönlichkeiten wie Kardinal Müller behaupten, dass es bei der Masseneinwanderung nicht darum geht, Menschen zu helfen, sondern darum, die nationale Identität zu zerstören, so kann man dies sicher nicht nur als Verschwörungstheorie abtun. Die Wor-

te Kardinal Müllers zeigen auf den Kern des Problems:

„Sie wollen, dass jeder völlig isoliert und nicht durch Sprache, Kultur, familiäre Bindungen oder ein Heimatland, in dem man sich zu Hause fühlt, verbunden ist.“ Das Ziel ist also die Zerstörung unserer kulturellen Wurzeln.

Die EU, die ursprünglich als Verbund souveräner Staaten gedacht war, so wie es auch im Wahlprogramm der AfD formuliert ist, hat sich jedoch im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem zentralistischen Machtkonglomerat gewandelt, das von überbordender Bürokratie, undurchsichtiger Lenkung der Geldströme und Defiziten bei der demokratischen Willensbildung geprägt ist. So wurde z.B. die mächtigste Person, die Kommissionspräsidentin Frau v.d.Leyen nicht gewählt, und dem Europäischen Parlament fehlen wesentliche Faktoren der demokratischen Einflussnahme, da es lediglich die von der

Kommission vorgelegten Entwürfe zur Abstimmung vorgelegt bekommt.

Die Fremdbestimmung der EU durch US-Amerikanische Macht- und Geldeliten zeigte sich nicht nur bei den von der EU verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die sich als Bumerang erwiesen haben und besonders die BRD infolge der extremen Energiekostensteigerung in einen wirtschaftlichen Abwärtssog getrieben haben. Außerdem wurde die ursprüngliche Vision einer Friedensunion durch das Kriegsgeschrei in Richtung Ukraine ad absurdum geführt.

Die wiederholten Vertragsbrüche, die den EURO letztendlich zu einer Weichwährung machten und damit vor allem die Sparer und Rentner am meisten belasten, untergraben das gesamte Vertragskonstrukt der EU und lassen für die Zukunft nicht Gutes ahnen.

Dr. Klaus Kuchlbauer

Gesundheitspolitisches Manifest

Nachdem inzwischen die Fakten der politischen Fehler während Corona offen liegen, stellen wir folgende Forderungen für die Zukunft, weil jeder für sich selbst verantwortlich ist:

- **Nie wieder Panikmache durch Politik und Medien!**
- **Keine Macht der WHO!**
- **Nie wieder Lockdown!**
- **Nie wieder Masken- und Abstandspflicht!**
- **Nie wieder Testpflicht für Gesunde!**
- **Keine Nutzung digitaler Gesundheitsdaten im Gesellschaftsleben!**
- **Niemals Impfpflicht!**
- **Transparenz bei der Aufarbeitung der Coronamaßnahmen!**

Dr. Klaus Kuchlbauer

Gerechte Löhne statt Massenmigration

Eine aktuelle Initiative der Bundesagentur für Arbeit zeigt den ganzen Irrsinn der Migrationspolitik: Rund 25.000 Hilfskräfte will die Behörde im laufenden Jahr aus dem Ausland holen, um den Arbeitskräftemangel in kritischen Bereichen wie Flughäfen, Hotels oder Restaurants zu beheben. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Fachkräfte, denn ein Berufsabschluss oder Studium sind nicht erforderlich. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Obwohl uns die Massenmigration völlig faktenfremd als „Fachkräfte-Wunder“ verkauft wird, stehen trotz der millionenfachen Asylzuwanderung noch nicht einmal genug Hilfskräfte zur Verfügung.

Vor allem aber: Warum wird nicht erst einmal dafür gesorgt, dass sich Arbeit für Deutsche wieder lohnt? Die Ampel-Regierung und ihr CDU-Gefolge unternehmen alles, um das Gegenteil sicherzustellen. Mit einer extrem hohen Steuer- und Abgabenlast und einer ideologischen „Energiewende“-Politik werden die Energie- und Lebenshaltungskosten in die Höhe getrieben, während gleichzeitig das Bürgergeld erhöht wird. Wer soll noch morgens um vier oder fünf Uhr aufstehen und malochen, wenn man am Ende des Tages kaum mehr oder sogar noch weniger Geld in der Tasche hat als ein Armutsmigrant, der noch nie einen Cent in die Staatskassen eingezahlt hat?

Die AfD setzt deshalb an der Wurzel des Problems an und will dafür sorgen, dass Leistung und Anstrengung für deutsche Arbeitnehmer wieder belohnt werden. Wir wollen die Energie- und Lebensmittelkosten wieder senken, indem wir überflüssige Steuern und Klima-Abgaben abschaffen. Doch nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Ar-

beitgeber müssen entlastet und somit in die Lage versetzt werden, auskömmliche Löhne zahlen zu können. Jenen etablierten Parteien, die den fleißigen Arbeitgeber systematisch zum Dummen machen, muss bei jeder Wahl die rote Karte gezeigt werden!

afdkompakt.de, 23.02.2024



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!

Bankverbindung: AfD KV Berchtesgadener Land

IBAN: DE68 7105 0000 0020 5352 07

BIC: BYLADEM1SKB

Verwendungszweck: «Spende, NAME, ADRESSE»



Nein zur EU-Erweiterung

Imperiale Überheblichkeit der EU stoppen!

Eine nüchterne Bestandsaufnahme der heutigen Verhältnisse in der EU müsste in Brüssel eigentlich für peinliches Schweigen sorgen. Die EU als „Erfolgs-geschichte“ zu verkaufen, wie Ursula von der Leyen, Annalena Baerbock und auch Angela Merkel es immer wieder getan haben, ist fern jeder Realität. Die Party ist vorbei. Millionen-Einwanderung, Milliarden-Bürokratie, Billionen-Schulden – mehr bringt die EU heute nicht zu stande.

Wie groß die Unzufriedenheit mit der EU-Bürokratie, der ständigen Gängelung und der Selbstgefälligkeit der EU-Vertreter mittlerweile ist, lässt sich an den Bauernprotesten ablesen. Seit Monaten wird in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien und einigen weiteren Ländern demonstriert. Die EU-Kommissare rümpfen die Nase. Sie sind zu Vertretern der Großkonzerne geworden,

betreiben die Auflösung der Mittelschicht ganz ungeniert.

Ein bisschen Demut und Bescheidenheit wäre angesagt. Doch zu viel verlangt! Statt Reformen fordert man in Brüssel mehr Macht – und will expandieren: Länder wie Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosni-en-Herzegowina, Kosovo und sogar die Türkei sollen in die EU. Ist das zu fassen?

Schon seit 2013 warne ich davor, dass diese Pläne Wirklichkeit werden. Die Zeche dafür würden vor allem die deutschen Bürger zahlen, die schon jetzt die Hälfte (!) des EU-Haushalts alleine stemmen – über 25 Milliarden pro Jahr!

Die Höhe ist: Jetzt wollen führende EU-Politiker sogar die Ukraine in den Club aufnehmen. Ein solcher Schachzug wäre im Interesse der USA und

der NATO, sicher aber nicht in unserem. Die Inflationsrate der Ukraine liegt bei 20 Prozent (erlaubt sind drei), die Staatsverschuldung bei 90 Prozent (erlaubt sind 60). Laut Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) würde der Ukraine-Beitritt 190 Milliarden kosten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, umdenken, umsteuern – zu all dem scheint der EU-Superstaat nicht in der Lage. Nach der kommenden Europawahl in diesem Sommer, und dem zu erwartenden Erdrutschsieg konservativer Kräfte, werden die Unbelehrbaren sich erschrocken umschauen und die Welt nicht mehr verstehen. Die Wahrheit ist: Sie selbst haben die Desintegration der EU, die Rückkehr zu einem Europa der Vaterländer notwendig gemacht. Und so wird es kommen, darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

Petr Bystron



Biografie Petr Bystron

Geboren am 30. November 1972 in Olmütz; römisch-katholisch; verheiratet; zwei Kinder.

Rupprecht Gymnasium, München; Wilms Gymnasium, Delmenhorst; Ludwig-Maximilians-Universität, München; Hochschule für Politik München.

1994 bis 2004 geschäftsführender Gesellschafter einer Werbeagentur; 2004 bis 2011 Head of

Marketing & Corporate Communications; 2011 bis 2017 geschäftsführender Gesellschafter Unternehmensberater.

1995 Sieger des Essay-Wettbewerbs der EU-Kommission; 1998 Munich Airport Award für BMW; 1999 Sieger des Munich Airport Award für IKEA.

2005 bis 2013 Mitglied der FDP; 2013 bis 2015 AfD Vorsitzender LfA Europa- und Außenpolitik, Mitglied Bezirksvorstand OBB; 2015 bis 2017 Landesvorsitzender Bayern



UNSER PROGRAMM ZUR EUROPAWAHL

online lesen unter: <https://www.afd.de/europa-neu-denken>



Brauchen wir die NATO?

Norbert Röttgen, der außenpolitische Sprecher der CDU hat kürzlich Folgendes gesagt:

„Als die wichtigste Konsequenz eines Wahlsieges von Trump erwarte ich einen radikalen Bruch mit den Traditionen der Amerikanischen Außenpolitik seit dem 2. Weltkrieg. Und das wird sich ausdrücken in einem sofortigen Stopp jeder Hilfe für die Ukraine. Es kann auch dazu führen, dass Trump einen Deal mit Putin macht, natürlich auf Kosten der Sicherheit und der Zukunft der Ukraine, und dann wäre die NATO nicht mehr das, was sie all die Jahrzehnte war – und

vielleicht auch die EU nicht mehr.“

Beim Versuch dies zu interpretieren, muss man sich fragen, was die NATO unter Führung der USA die ganze Zeit gemacht hat. Unter Obama führten die USA in 7 Ländern Krieg: Afghanistan, Irak, Pakistan, Somalia, Jemen, Libyen und Syrien.

Mit folgenden Worten: *“If the only tool you have is a hammer, every problem has to look like a nail“* beschrieb der ehemalige US-General Wesley Clark die US-Strategie. Das eigentliche Ziel dabei war immer die Destabilisierung der Region.

Dies kann allerdings keinesfalls das Ziel anderer Bündnispartner wie Deutschland sein, da wir nach dem ursprünglichen Grund unseres NATO-Beitritts einem Verteidigungsbündnis beigetreten sind.

Außerdem werden seit langem menschenfeindliche, Gesundheit bedrohende Experimente wie Atomtests, Geoengineering (extrem problematische Wettermanipulationen) und auch das Covid-19-Impfprogramm von ihr auf dem Rücken der eigenen Bevölkerung durchgeführt.

Dr. Klaus Kuchlbauer

Faesers Black Deal: 20.000 Euro Schweigegeld

Die Neigung, Brandherde mit Steuergeld zu löschen, hat in der Ampelregierung Methode – und das gilt offensichtlich auch, wenn jemand zum Schweigen gebracht werden soll. 20.000 Euro hat Innenministerin Nancy Faeser mutmaßlich ihrem unliebsam gewordenen Behördenleiter Arne Schönbohm gezahlt, damit der nach seinem rechtswidrigen Rausschmiss die Füße still und den Mund geschlossen hält. Das ist jetzt bekannt geworden – und weitet die Affäre in ein unerträgliches Maß aus. Wie bei der Mafia wechseln Geldbündel den Besitzer, damit Skandale unter den Teppich gekehrt werden.

Schönbohm war als Chef des Bundesamtes für Cybersicherheit von ZDF-Agitator Jan Böhmermann wegen angeblicher Russlandkontakte vorgeführt worden. Faeser, die ihrerseits über beste ZDF-Medienkontakte verfügt, hat ihn daraufhin abgesetzt – übereilt, wie schnell klar wurde. Dann setzte sie den Verfassungsschutz gegen ihren eigenen Mitarbeiter ein, um wenigstens irgendetwas Belastendes zu finden. Ver-

geblich. Schon dieser Missbrauch des Inlandsgeheimdienstes hätte Faesers Absetzung zur Folge haben müssen. Mit den 20.000 Euro aus dem Personalbudget – also unserem Steuergeld – wollte sie ihn laut Medienberichten schließlich ruhigstellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hätte diese auch fachlich durchweg gescheiterte

Ministerin schon längst absetzen müssen, wenn er seine Ampelregierung noch irgendwie heil über den Winter bringen wollte. Immerhin: Wenn sie den Hut nehmen muss, wird ihr niemand Schweigegeld zahlen müssen – weil alles, was Faeser noch zu sagen hat, ohnehin völlig unglaubwürdig ist.

afdkompakt.de, 22.11.2023



A red circular graphic with white text that reads "AM 9.6. AfD!".

Wie die AfD den Begriff „Remigration“ definiert:

Remigration umfasst alle Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat.

Die Politik der AfD wird maßgeblich in der demokratisch auf Parteitag beschlossenen Programmatik bestimmt. Aus unseren beiden aktuellen Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2021 und die Europawahl 2024 lassen sich daher als Zusammenfassung einer Remigrationspolitik folgende sieben Forderungen ableiten:

1 Gemäß Bundestagswahlprogramm 2021 werden wir entsprechend den gesetzlichen Regelungen die ca. 250.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abschieben. Während die Bundesregierung von einer „Rückführungsoffensive“ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer Remigrationsagenda“ tatsächlich umsetzen. Geltendes Recht zu vollziehen ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit für die AfD.

2 Weiterhin fordern wir in unserem Europawahlprogramm 2024 im Kapitel „Remigration statt Talentabwerbung“, dass ein humanitärer Aufenthalt nur so lange gewährt wird, wie tatsächlich ein Fluchtgrund besteht – da es sich grundsätzlich um ein Recht auf Zeit handelt, das keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung begrün-

det. Betroffen hiervon wären insbesondere auch nicht persönlich verfolgte Bürgerkriegsflüchtlinge mit „subsidiären“ Schutz, sobald in deren Heimat wieder Frieden herrscht.

3 In diesem Sinne wollen wir die seit 2015 rechtswidrig unter Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln der Dublin-Verordnung sowie gegen Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (kein Asyl bei Einreise aus sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Personen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir daher ein großes „Remigrations“-Potential, das sogar von den Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer ausdrücklich eingefordert wird.

4 Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter wollen wir vorrangig zurückführen, entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten. In dieser Hinsicht dient rechtsstaatliche Remigration dem Schutz aller rechtstreu in Deutschland lebenden Menschen. Die Ausweisung bei Gewalt-, Drogen-, und Sexualdelikten, bei Clan-Kriminellen sowie bei organisierter Kriminalität wollen wir erleichtern.

5 Auch der Import ausländischer Konflikte gefährdet zunehmend den inneren Frieden. Wer die Konflikte seiner Heimat unter Begehung von Straftaten nach Deutschland trägt, sollte sein Aufenthaltsrecht verlieren.

6 Schließlich übersteigt die derzeitige Einwanderung in unser Sozialsystem bei weitem unsere finanziellen Möglichkeiten. Das Recht, sich langfristig in Deutschland aufzuhalten, wollen wir daher verstärkt davon abhängig machen, ob jemand seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst verdient – sofern nicht tatsächliche Schutzgründe seinen Aufenthalt begründen.

7 Eine vorausschauende Politik, wie wir sie machen, lässt Remigration erst gar nicht nötig werden, indem sie mittels heimatnaher Zuflucht, wirksamen Grenzschutzes und dem Abbau der derzeit bestehenden Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberecht für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) illegale Zuwanderung von vornherein unterbindet.

Diese sieben Forderungen entsprechen der heutigen Rechtslage oder lassen sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen.

- Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.
- Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen – die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen!
- Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.

Björn Höckes Thesen zur EU

(aus dem Rededuell vom 11.04.2024)

Höcke kritisiert die EU als „zentralistisches Bürokratenmonster“ und „Globalisierungsagentur“, die die Interessen der „Lobbyisten, der Bürokraten und der Großkonzerne“ bediene. Seine Vision für Europa sei dagegen ein neuer „Bund europäischer Staaten mit einem robusten Grenzschutz, mit einem freien Markt, dem Schutz unserer Identität und mit einer strategischen Entwicklung hin zu einer militärischen Autonomie, die Europa als neuen Pol in einer entstehenden multipolaren Weltordnung stark macht.“ Höcke pflichtete Voigt teilweise bei: Deutschland benötige jedoch nicht nur ein Mehr an Grenzschutz, sondern auch „entsprechende Remigrationsanreize“. Er verwies erneut darauf, dass es die CDU unter Kanzlerin Merkel gewesen sei, die die Probleme der Massenmigration durch ihre „Willkommenspolitik“ seit 2015 erst ermöglicht habe. Diese erzeuge nach Berechnungen des Ökonomen Bernd Raffelhüschen eine „Nachhaltigkeitslücke“ von 5,8 Billionen Euro. „Unser Sozialsystem“ stehe „kurz vor dem Kollaps“. Zudem sei die Gewaltkriminalität „explodiert“. Höckes Meinung nach bedürfe es nun einer „deutlichen Botschaft“ an die Welt: „Das Weltsozialamt Deutschland ist geschlossen“. Und weiter: „Wir müssen den Sozialstaatsmagneten still stellen“.



Dass Deutschland nach „zehn Millionen Zuwanderern in den letzten knapp zehn Jahren“ überhaupt noch über einen „Fachkräftemangel“ spreche, sei „schon der Beleg für das Totalversagen“ der CDU-Politik, meinte Höcke. Er halte es für sinnvoller, bereits vorhandene Kräfte nach zu qualifizieren – etwa die „drei Millionen junger Leute ohne Berufsabschluss“ im Alter zwischen 20 und 34 Jahren. Außerdem müsse man wegen der „demografischen Katastrophe“ das „Kinderkriegen in Deutschland wieder fördern“. Dass Höcke seine „Remigrationsoffensive“ auch auf jene zwei Millionen deutsche Staatsbürger verstanden wissen wollte, die wegen der Niedriglöhne, der Situation in den Schulen oder wegen des „Meinungsklimas“ ausgewandert seien, stieß bei Voigt und den beiden Moderatoren auf Unverständnis. In puncto Erinnerungspolitik hatte Höcke zuvor dafür plädiert, dass Deutschland wieder eine „positive Identität aufbauen“ müsse, wenn es „eine Zukunft“ haben wolle. Dass der Holocaust ein „Zivilisationsbruch“ gewesen sei, stelle niemand in Abrede. Die AfD aber wolle „grundsätzlich die Lichtseiten der deutschen Geschichte in den Mittelpunkt der Erinnerungspolitik rücken. Das heißt aber nicht, dass wir die Schattenseiten, die Schrecken der Nazizeit beispielsweise, hinten runter fallen lassen wollen“. Diese gelte es in Erinnerung zu behalten und weiter „beständig“ daran zu lernen.

Er sei allerdings auch der Überzeugung, dass die Deutschen sich „wieder mit sich selbst befreunden“ müssten: „Ohne einen natürlichen, vitalen Patriotismus, der auf einer gesunden Identität beruht. Er teile grundsätzlich auch den Standpunkt Voigts, dass Antisemitismus bekämpft werden und Deutschland an der Seite Israels stehen müsse. Man müsse aber auch die Ursachen für den Antisemitismus in Deutschland ergründen. Er sehe „keinen Antisemitismus ausgeprägten Maßes bei der ursprünglichen deutschen Bevölkerung“, wohl aber ein

„Problem, das wir uns mit der Migration ins Land geholt haben“. Deshalb plädiere er dafür, die „Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis“ zu beenden. Das bedeute nicht, dass es keine „prima Menschen islamischen Glaubens“ gebe, „die voll integriert“ seien und „voll auf dem Boden des Grundgesetzes“ stünden, betonte Höcke. „Aber die Masse und einfach die Gefährlichkeit dieser unkontrollierten Einwanderung, der müssen wir entschieden begegnen“. Andernfalls kippe „dieses Land und auch unser demokratischer Rechtsstaat“.

Zum Ukraine-Konflikt sagte Höcke, er sei „sprach- und fassungslos“ angesichts der Hunderttausenden von Opfern auf beiden Seiten. Deswegen müsse der Krieg „so schnell wie möglich beendet werden – und zwar um jeden Preis“. „Wir brauchen Frieden mit Russland, wir brauchen Kooperation mit Russland, und wir brauchen keinen Hass zwischen Russen und Deutschen“, so der AfD-Spitzenkandidat. Deshalb lehne er weitere Waffenlieferungen an die Ukraine ab: „Wer Waffen liefert, der will keinen Frieden, der will den Krieg“. Deutschland werde aber nicht zur Eskalation, sondern als „Friedensmacht“ gebraucht. Es sei an der Zeit, seine „Brückenfunktion zwischen Ost und West“ auszuspielen und zu „Friedensgesprächen“ einzuladen. Zumindest müsse man das versuchen.

Er glaube, dass auch Russland als geopolitisch „bedrängtes Land“ Frieden wolle. Für ihn sei Putin ein „rationaler Mann, der auch erkennt, wann es genug ist, und wann Frieden geschlossen werden muss“. Unter Verweis auf eine Aussage des SPD-Politikers Egon Bahr aus dem Jahr 2013 untermauerte Höcke seine Überzeugung, dass „Kriege niemals für Demokratie und Menschenrechte geführt“ würden, sondern „immer aus Macht- und Geldinteressen“.

*Auszüge aus Epoch Times
vom 13.04.2024*

Folgen der Massenmigration: 215.000 Gewalt-Straftaten in einem Jahr!

Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sind einmal mehr ein Alarmruf, wie er deutlicher nicht sein könnte: Mit rund 215.000 Gewalt-Straftaten ist die Gewaltkriminalität im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit 15 Jahren gestiegen – das entspricht einem Plus von 8,6 Prozent. Bei der vorwärtlichen einfachen Körperverletzung beträgt der Anstieg 7,4 Prozent, bei Messerdelikten 9,7 Prozent, bei Raubdelikten sogar 17,4 Prozent. Die Zahl der Tatverdächtigen stieg um 7,3 Prozent auf 2,2 Millionen; davon hatten rund 41 Prozent keinen deutschen Pass.

Angesichts dieser Zahlen müsste Innenministerin Faeser (SPD) eigentlich alle Hände voll zu tun haben, um eine Großanstrengung für konsequente Abschiebungen und effektiven Grenzschutz voranzutreiben. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel ahnt jedoch, dass die Innenministerin andere Pläne hat: „Die neue Kriminalstatistik zeigt: Nahezu jeder zweite Tatverdächtige besitzt keinen deutschen Pass. Faeser wird uns am kommenden Dienstag dennoch erklären, der Rechtsextremismus sei die größte Gefahr in Deutschland.“ Gleichzeitig haben Faeser und die Ampel-Regierung mit dem „Chancen-Aufenthaltsrecht“ illegale Migration legalisiert und weitere Anreize für die unkontrollierte Massenmigration gesetzt.

Diese Regierung bringt die Bürger skrupellos in Gefahr, nur um die eigene Ideologie und die eigene Macht zu retten. Die AfD wird 215.000 Gewaltstraftaten im Jahr nicht einfach hinnehmen, sondern handeln: Der bestehende rechtliche Spielraum muss bestmöglich ausgenutzt werden, um straffällige und illegal eingewanderte Migranten abschieben

zu können. Denn wir wollen uns nicht an Medienberichte gewöhnen, die uns mitteilen, dass 4-jährige Kinder im Supermarkt niedergestochen werden. Mit der AfD wird Deutschland ein Land der Sicherheit und der Durchsetzung des Asylrechts!

afdkompakt.de, 8.4.2024



IMPRESSUM: **WATZMANN** *Bote*

Herausgeber:

AfD Kreisverband Berchtesgadener Land

Dr. Wolfgang Köbele

Schatzmeister des KV AfD Berchtesgadener Land

Hochkönigstr. 3 • 83451 Piding

E-Mail: info@afd-bgl.de

Internet: www.afd-bgl.de

Facebook: <https://www.facebook.com/AfDBGL>

Bildnachweis: Titel: ©Dr. Kuchlbauer; ©S5: Artem - stock.adobe.com; ©S12: DURIS Guillaume - stock.adobe.com

Satz & Gestaltung: Corina Zech

©AfD KV Berchtesgadener Land, Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte wird nicht gehaftet.

Versinkt die Demokratie im Sumpf des tiefen Staates?

Liebe Mitbürger,

angebliche ‚Faktencheckerportale‘ wie Correctiv sind längst zum Instrument im Kampf gegen Opposition & Demokratie geworden.

Diese sollen nun offenbar sogar aktiv in den Wahlkampf eingreifen, um die Opposition zu diskreditieren - wie der amerikanische Investigativ-Journalist



Zu meiner Person

Ich wurde im Jahr 1968 geboren, bin Mutter von drei Töchtern im Alter von 17, 19 und 23 Jahren und wohne in Fulda. Ich habe eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung und bin nach meinem Abitur 1992 in die USA übersiedelt. Während meines 6-jährigen Aufenthaltes in den USA habe ich Economics studiert und war als Geschäftsführerin eines landesweit operierenden Handels-Unternehmens tätig. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland habe ich in Göttingen ein juristisches Studium absolviert. Seit der Geburt meiner 3. Tochter im Jahr 2002 war ich Mutter und Hausfrau, bis ich als Abgeordnete in das Parlament der Europäischen Union gewählt wurde, wo ich meine Dienste am 02. Juli 2019 aufnahm.

Michael Shellenberger herausgefunden hat.

Er wirft sowohl dem mit Steuermitteln mitfinanzierten „Correctiv“, als auch dem vom Auswärtigen Amt, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesjustizministerium unterstützten „Institute for Strategic Dialogue“ (ISD) vor, gezielt falsche Narrative über die Opposition zu verbreiten. So arbeitete das ISD bereits zur Bundestagswahl 2021 mit der amerikanischen „Alliance for Securing Democracy“ (ASD) zusammen, welche in erster Linie von ehemaligen Mitarbeitern des US-Geheimdienstes und des Außenministeriums geleitet wird.

Die ISD-Mitarbeiterinnen Sara Bundtzen und Paula Matlach haben z.B. in ihrem Artikel „Fruchtbarer Nährboden für extreme Rechte und Verschwörungsideologien?“ behauptet, dass die Bauernproteste rechtsextrem wären. Laut Shellenberger soll dies kein Zufall, sondern politisch koordiniert gewesen sein. Als Beispiel dafür nennt er die Personalie der ISD-Journalistin Sara Bundtzen, die früher als Mitarbeiterin in der „Joint Intelligence and Security Division“ der NATO gearbeitet hat, bevor sie einen Job in der Europäischen Kommission annahm, um den „Digital Services Act“ (DSA) durchzusetzen.

Der „Digital Services Act“ ist ein Gesetz, das der EU seit 2022 weitreichende Befugnisse gibt, um soziale Mediendienste unter dem Vorwand und mit dem äußerst dehnbaren Gummibegriff der „Hassrede“ zu regulieren – also in anderen Worten, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken und Inhalte zu zensieren.

Die Enthüllungen und Thesen Shellenbergers sind vor dem Hintergrund

brisant, dass die nachweislich falsche „Correctiv“-Berichterstattung zuletzt Hunderttausende Menschen gegen die Oppositionspartei AfD auf die Straße brachte und auch die zeitgleich stattfindenden Bauernproteste aus dem medialen Fokus verdrängte.

Immer mehr Bürger durchschauen mittlerweile den Sumpf aus staatlich angefüttetem Gesinnungsjournalismus, NGOs und ideologischen Pressure Groups zwischen denen sich die Netzwerke der Geheimdienste entspinnen, wie ein Pilzgeflecht.

Selbst Twitter-Chef Elon Musk, forderte unlängst ein Ermittlungsverfahren gegen „Correctiv“ und die Bundesregierung und markierte dabei auf X den EU-Kommissar Thierry Breton.

Doch in der EU-Kommission bleibt es dazu genauso still wie im EU-Parlament. Für mich alles wenig überraschend – weise ich doch schon seit langem auf diese fundamentalen Gefahren für unsere Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hin. Während viele noch immer den Kopf in den Sand stecken, mauert die EU-Kommission in der Sache weiterhin:

Meine Vorranganfrage von Anfang Februar – die eigentlich innerhalb von 3 Wochen von der EU Kommission beantwortet werden müsste – liegt dort auch nach zweimaliger Erinnerung weiterhin unbearbeitet!

Schauen wir, wie es weitergeht. Ich für meinen Teil werden da ganz sicher nicht lockerlassen.

Es grüßt Sie herzlich,
Ihre Christine Anderson, MdB

DIE WAHREN EXTREMISTEN SITZEN AUF DER REGIERUNGSBANK!

Redebeitrag unter: https://youtu.be/Odui_5h3Cps?si=0j3HnryG3IRIXLXL



Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag



■ Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad.Titel:* _____ w. m. Nachname: _____
Vorname: _____ geboren am: _____
Straße, Nr.: _____ PLZ, Wohnort: _____
Staat: _____ Staatsangehörigkeit: _____
Bundesland: _____ Kreis/Bezirk: _____
Telefon:* _____ Mobil:* _____
E-Mail: _____ Beruf/Tätigkeit:* _____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband _____ Nein

■ Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

■ Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1 % des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich _____ EUR*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

■ Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbaende) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglieder@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum: _____

Unterschrift des Antragstellers: _____

■ SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: _____ Bankinstitut: _____
Straße, Nr.: _____ IBAN: _____
PLZ, Wohnort: _____ BIC: _____
Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verwaltet und verwendet - weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter www.afd.de/datenschutz-mitglieder. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter www.afd.de/mitglied-werden

Oppositionelle Kräfte werden in Deutschland ausgegrenzt!

„Oppositionelle Kräfte werden in Deutschland ausgegrenzt und unterdrückt, wie in kaum einem anderen EU-Land. Würden Ungarn oder Polen sich so verhalten, wäre der Aufschrei in Deutschland gewaltig.“

Der Deutsche Bundestages hat mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes zur Förderung politischer Stiftungen ganz offen eine beklemmende Demokratieverachtung deutlich gemacht, die jedem autoritären Land zur Ehre gereichen würde.

Das mit nahezu allen Stimmen der anderen Fraktionen gegen die AfD-Bundestagsfraktion beschlossene Gesetz zur Finanzierung der parteinahen politischen Stiftungen ist nichts weiter als eine weitere gezielte Ausgrenzung einer wichtigen oppositionellen Kraft im vorpolitischen Raum.

Die Behandlung der oppositionellen AfD und ihres politischen Umfeldes durch den Deutschen Bundestag hat bereits in der Vergangenheit deutliche Demokratieverachtung gezeigt.

Die Verweigerung von Ausschußvorsitzenden, die Verweigerung eines Vizepräsidenten und jetzt die Fortsetzung der Ausgrenzung unserer, der AfD nahestehenden Desiderius-Erasmus-Stiftung, allein schon durch die weiter verschobene Zulassung von Förderung auf die dritte Legislaturperiode, zeigt ein für mich kaum vorstellbares Maß an Demokratiefeindlichkeit, das ich mir in Deutschland nach 1945 niemals hätte vorstellen können.

Ganz offen und ungeniert werden einer wichtigen Opposition und ihrem politischen Umfeld elementare Selbstverständlichkeiten vorenthalten. So stranguliert man eine Demokratie. Es wird offenkundig, dass eine wirksame politische Opposition sowohl im parlamentarischen Bereich als auch im vorpolitischen Raume unterbunden werden soll.

Die Havard Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt haben im vorigen Jahr ein Werk veröffentlicht mit dem Titel „Wie Demokratien sterben“. Wichtige „Schlüsselindikatoren für autoritäres Verhalten“ benennen die beiden Autoren darin.

Dazu gehören die Leugnung der Legitimität eines politischen Gegners und die Bereitschaft, die Rechte der Opposition zu beschneiden genauso wie die Warnung vor einer Rhetorik, die oppositionelle Kräfte zu „Staatsfeinden oder Gegner der bestehenden Ordnung“ erklärt und die Versuche, diese „von der vollen Beteiligung am politischen Leben auszuschließen“. Zudem werden weit gefaßte Verleumdungsgesetze als Indikatoren für eine Gefährdung der Demokratie gesehen mit der Warnung vor „rechtlichen Schritten“ gegen „Kritiker in konkurrierenden Parteien, in der Zivilgesellschaft oder den Medien“. Diese Maßnahmen, so die beiden Politologen, vollziehen sich unter dem „Anschein von Legalität“.

Diese Feststellungen zum subkutanen Abbau von Demokratie, geschrieben in Havard 2022, liest sich wie eine Abrechnung mit der deutschen Politik. Und sie zeigen uns, dass die „Leitplanken der Demokratie“, wie die beiden Autoren für derartigen Umgang mit der Opposition diagnostizieren, in Deutschland längst durchbrochen sind.

Denn all das ist inzwischen Alltag bei uns in Deutschland.

Der heutige Tag hat wiederum beklemmend deutlich gemacht, dass oppositionelle Kräfte in Deutschland ausgegrenzt und unterdrückt werden, wie in kaum einem anderen EU-Land.

Würden Ungarn oder Polen so mit ihrer Opposition umgehen, so wäre der Aufschrei und die Empörung unüberhörbar bis hin zur Forderung, EU-Mittel sofort zu streichen.“

*Erika Steinbach (Vorsitzende
der Desiderius-Erasmus-Stiftung)
am 10.11.2023*

